

Unklarheiten beseitigen

sp - Es kann gar nicht ausbleiben, daß jene Passagen in der kommenden Regierungserklärung, die sich mit der jetzigen und künftigen Europa-Politik befassen, die Hauptaufmerksamkeit des In- und Auslandes auf sich ziehen werden. Die ganze westliche Welt steht noch und wohl für lange Zeit unter dem Eindruck, den der Schock von Brüssel ausgelöst hat. Eine ungewöhnliche diplomatische Aktivität ist die Folge, und es fällt schwer, in der Erscheinungen Flucht den Standort zu finden, der notwendig ist, soll nicht das Werk der besten Geister Europas zuschanden werden. Die Verwirrung ist groß, der arme Zeitgenosse findet sich in der Fülle der Erklärungen und Aktivitäten kaum noch zurecht, es fehlt nicht an diesem und jenem Ratschlag, Auseinandersetzungen und Rivalitäten, die den inneren Zusammenhalt der ganzen westlichen Welt berühren, kennzeichnen das Geschehen, das noch durch das Mitspielen der Sowjetunion besondere Akzente erhält. Es sieht ganz so aus, als ob die Erklärung der französischen Kommunisten mit ihrer Spitze gegen de Gaulle bestellt wäre, um noch mehr die Geister zu beunruhigen.

Was können die Bundesrepublik, ihre Regierung und der Bundestag, auf die sich die Augen unserer Freunde und Gegner richten, in dieser Lage tun? Die parlamentarische Opposition wird im Zusammenhang mit der der Regierungserklärung folgenden Debatte einige die Vorgeschichte des Pariser Abkommens betreffende Fragen zu stellen haben. Ist es wirklich so, wie eine große süddeutsche, im allgemeinen sehr gut unterrichtete Zeitung schrieb, der Bundeskanzler habe während seines USA-Besuchs im November 1962 dem US-Präsidenten Zusicherungen gegeben, die im Widerspruch zu seiner Haltung in Paris bei der Verkündung des Abkommens standen? Steht damit auch der Rücktritt des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Müller-Armack, im Zusammenhang? Die im Pariser Abkommen enthaltenen Stellen über eine enge militärische Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris, die sogar bis in die Ausarbeitung einer gemeinsamen strategischen Konzeption reicht, bedarf einer gründlichen, alle Zweifel ausschaltenden Interpretation; gerade diese Passage beunruhigt in hohem Maße die USA, sie erblicken darin eine Entwertung der NATO.

Die Bundesrepublik und ihre Regierung können es sich einfach nicht erlauben, in ein Zwielficht zu geraten, und es wird auch nicht genügen, Zuflucht zu verbalen Versicherungen zu suchen, man wolle die Freundschaft zu Frankreich, den Beitritt Großbritanniens zur EWG und die ungetrübte, weil lebensnotwendige Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Die Regierungserklärung muß schon solchen Bekundungen Inhalt geben und Schritte aufzeigen, die, soweit es deutschen Möglichkeiten gegeben ist, zu ihrer Verwirklichung führen. Sie wird die Fragen zu beantworten haben: Wie steht es mit dem Weiterfunktionieren der Europäischen Gemeinschaften, wie mit dem Primat der USA in der europäischen Verteidigung und wie mit der Solidarität des Westens im Ost-Westkonflikt und dem daran hängenden Deutschland-Problem? Die Beantwortung dieser und anderer Fragen läßt ein Ausweichen nicht zu. Eine deutsche Initiative, etwa in der Richtung, im europäischen Ministerrat einen Antrag zu stellen, der die Europäische Kommission beauftragt, über einen von ihr ernannten Bevollmächtigten in unmittelbare Verhandlungen mit den USA zu treten, wäre ein Weg, der aus dem Dunkel herausführen könnte.

Pankow frohlockt über Brüssel

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die Ereignisse von Brüssel sind in Ostberlin mit Anzeichen großer Zufriedenheit aufgenommen worden. Etwas anderes war ja auch nicht zu erwarten, da in den Augen des Ostblocks die wirtschaftliche Integration Europas seit langen als eine Stärkung der politischen Potenz des Westens gegenüber dem Osten betrachtet wurde. Die Reaktion der Ostpresse zeigt deutlich, daß man hier das Fiasko von Brüssel aus mehrfachen Überlegungen heraus als für die östliche Politik sehr nützlich betrachtet. Selbst wenn man die dramatisierenden Akzente der Ostberliner Kommentare als mehr oder minder propagandistische Zutaten ansieht, wie sie zum Beispiel in Überschriften "Europa-Ideologen ohne Maske", Geplatze Europäer" oder "Schwere Kavarie" zum Ausdruck kommen, so gilt es doch, die im Hintergrund der freudig-entzückten Phrasen erkennbaren realpolitischen Überlegungen als ernsthafte Fakten zu betrachten.

Es ist deutlich erkennbar, daß man in Ostberlin für den Ostblock jetzt eine Atempause gekommen sieht, die nicht willkommener sein könnte. Die bevorstehende Ausweitung der EWG durch den Beitritt Großbritanniens, dem ohne Zweifel andere Länder gefolgt wären, wirkte wie ein Alldruck auf die Ostblockstaaten, deren wirtschaftliche Zusammenarbeit im Comecon vieles zu wünschen übrig ließ. Mit Frohlocken erwartet jetzt "Neues Deutschland" einen neuen Wirtschaftskrieg zwischen der EWG und der EFTA, der - so erklärt die Zeitung - ganz im Sinne Lenins ein Ausdruck der "Verschwörungen des internationalen Konzernkapitals" und der unausweichlichen Selbsterfleischung des kapitalistischen Westens sei. Somit sei für alle Völker, die sich im Westen vom angeblichen "Aufbau eines neuen Europa ohne nationale Beschränktheit", von der Ideologie der "atlantischen Gemeinschaft" hätten blenden lassen, jetzt die Erkenntnis gekommen, daß das neue Europa nichts weiter als eine Maske gewesen sei, hinter der kapitalistische Konzerne und die von ihnen beherrschten Regierungen um die entscheidende Machtposition gerungen hätten.

Die Ostberliner Zeitungen sehen jetzt auch die Möglichkeit, daß die USA ihre Verpflichtungen gegenüber Westeuropa revidieren könnten, was zu einer, von Osten mit Freude konstatierten Schwächung der NATO führen würde. Für die psychologische Kriegführung erhoffen sich die Kommunisten jetzt gute Chancen. Man erinnert sich sehr genau daran, daß nicht alle kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern der von Moskau ausgegebener Formel gefolgt waren, die EWG sei ein Instrument der "Ausbeutung der Volksmassen" und damit eine imperialistische Angriffsplattform gegenüber dem "sozialistischen Weltlager", das es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte. Die vom kommunistischen WGB nach Leipzig einberufene Konferenz, die die kommunistischen Parteien zum Kampf gegen die EWG formieren sollte, mußte zunächst verschoben werden, weil in der KP Italiens, aber auch Belgiens und der Niederlande sehr starke Strömungen zu verzeichnen waren, die in der EWG keineswegs nur Nachteile für die Masse der Arbeiter ihrer Länder erblickten.

Jetzt ist für die Kommunisten eine neue Situation entstanden, die es ihnen ermöglicht, diesen widerstrebenden Tendenzen im eigenen Lager mit der Aussicht auf mehr Erfolg als bisher entgegenzutreten. Für die Kommunisten in Ostberlin aber hat der vorläufige Abbruch der weiteren europäischen Integrationsbestrebungen einen weiteren Vorteil gegenüber der eigenen Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit im Stillen auf einen Erfolg des Aufbaus eines neuen Europa als Hort der Freiheit hoffte, jetzt aber aufs Tiefste enttäuscht sein muß.

Erfreulicher Entschluss

W.P. - Mit Erleichterung wird besonders innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Erklärung aufgenommen worden sein, die Dr. Frauendorfer am vergangenen Freitag in München abgegeben hat. Er verzichtet darauf, das ihm nach dem Ausscheiden des Abgeordneten Wachter formal zustehende Bundestagsmandat anzunehmen. Bevor eine CSU-Kommission die politische Vergangenheit Frauendorfers erneut zu untersuchen begann, und nachdem erst am 25. Januar Frauendorfer in einem Exklusiv-Gespräch mit einer Berliner Zeitung versicherte, zu einem freiwilligen Verzicht auf sein Mandat bestehe kein Anlass, bedeutet dieser Entschluss fraglos eine Überraschung. Es mag sein, daß auch Frauendorfer selbst kurzfristig vor seine Entscheidung gestellt wurde, denn er bedauerte vor der Presse, dass man ihm nicht bereits vor einiger Zeit einen "leisen Wirk" gegeben hätte. Es darf wohl angenommen werden, dass sich die ernststen Bedenken der Bonner Bundesführung und die Besorgnisse zahlreicher Abgeordneter der Fraktion letzten Endes gegen Strauss durchsetzten.

Mit Frauendorfers Verzicht ist zum zweiten Male sein Versuch gescheitert, zu einer parlamentarischen Funktion zu gelangen. 1958 kandidierte er für den bayerischen Landtag, bis der Münchner CSU-Bezirksverband unter dem Protest der Öffentlichkeit Einspruch erhob. Auch damals liess die CSU-Landesleitung eine Kommission die politische Vergangenheit Frauendorfers untersuchen; sie fand jedoch nichts Belastendes. Im Juni 1961 wurde Frauendorfer, der zum engeren Kreis um Strauss gehören soll, dann zum 2. Schatzmeister der CSU bestellt. Kurz darauf setzte ihn die Landesdelegiertenversammlung auf die 20. Stelle der Landesliste. - Erst als im Zuge der Regierungsbildung in Bayern MdB Wachter zum Staatssekretär ernannt wurde und damit aus dem Bundestag ausscheidet, nahm die Öffentlichkeit von der möglichen Nachfolge Frauendorfers Kenntnis. Das Münzinger-Archiv vom 18.2. 1943 enthält folgende Angaben über den Werdegang Frauendorfers: "NSDAP seit dem 1.5.1928; Beitritt zur SS im Oktober j.J.; Mitglied des NS-Studentenbundes; Gauredner des Gaues München-Oberbayern. Am 2.4. von SS-Reichsführer Himmler in dessen Stab berufen, in dem er führende Stellung auftrug. Referent für ständischen Aufbau in der Reichsleitung der NSDAP; am 6.5.1933 zum Leiter des Amtes für ständischen Aufbau der "Deutschen Arbeitsfront" ernannt, am 1.6.1933 Leiter des Amtes für ständischen Aufbau der NSDAP. Am 15.11.1934 zum Reichsschulungsleiter der NSDAP ernannt. Nach mehreren Jahren Tätigkeit als solcher ernannte ihn der Reichsarbeitsminister Seldte zum Reichstreuhandler der Arbeit. Nach der Neuordnung des ehemaligen polnischen Staates übernahm F. dann die Leitung der Hauptabteilung Arbeit bei der Regierung des Generalgouvernements, zu deren Präsidenten er am 1.10. 1942 ernannt wurde."

Es verdient festgehalten zu werden, dass mit dem einsetzenden Protest zahlreicher Kreise des In- und Auslandes keine neue "Hexenjagd" einsetzte. Die Diskussion ging überhaupt nicht um die Person Frauendorfer, sondern ausschliesslich um dessen politische Funktionen. CDU/CSU-Politiker, christlichdemokratische Studenten, konfessionelle Verbände und zahlreiche Kommentare der Presse und des Rundfunks stellten heraus, dass die Entsendung eines Mannes mit dieser politischen Vergangenheit eine unerträgliche Belastung für den Bundestag und einen gefährlichen Präzedenzfall bedeuten müsste. Sie alle haben damit ein besseres Gefühl für politischen Stil in einer Demokratie bewiesen als CSU-Vorsitzender Strauss und dessen Landesleitung, die Frauendorfer bis zuletzt darin bestärkten, an seinem Mandat festzuhalten.

Wo Schwedens Jugend steht

R. H. - Stockholm

Bei den vorjährigen Gemeindewahlen in Schweden hatte die sozialdemokratische Partei mit 50,6 Prozent aller Wählerstimmen einen klaren Wahlsieg errungen. Die Einzelergebnisse zeigten, dass die sozialdemokratische Partei nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in typischen Mittelstands-Wahlbezirken grosse Erfolge hatte. Die anderen Parteien begründeten dies mit der Wahlfaulheit ihrer Anhänger. Die Sozialdemokraten beauftragten die überparteiliche SIFA mit einer repräsentativen Meinungsbefragung in der Sozialklasse 2, die ungefähr dem deutschen Mittelstandsbegriff entspricht.

Die SIFA hat nun das Ergebnis ihrer Umfrage vorgelegt. Es sagt aus, dass von jenen Wählern des Mittelstandes, die früher "bürgerlich" gewählt haben, nur ein sehr kleiner Teil bei den letzten Wahlen sozialdemokratisch gewählt hat, dass aber die jungen Wähler des Mittelstandes - vor allem die Neuwähler - in ihrer Mehrheit bei den beiden letzten Wahlen für die Sozialdemokratie gestimmt haben; man rechnet mit etwa 60 Prozent sozialdemokratischen Jungwählern im Mittelstand! Die Zahl jener, welche vor ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht hatten, war bei den Anhängern der konservativen Parteien und der Sozialdemokraten ungefähr gleich.

Das Interesse für Neuwahlen war bei den sozialdemokratischen Wählern in der Sozialgruppe 2 grösser als bei den Wählern der bürgerlichen Parteien.

Die Meinungsbefragung bezog sich auch auf 17 politische Fragen. Die Befragten sollten sich über den Wichtigkeitsgrad dieser Fragen äussern sowie darüber, welche Partei nach ihrer Meinung auf dem betreffenden Gebiet am leistungsfähigsten sei. Hinsichtlich des Wichtigkeitsgrades waren die Meinungen in allen politischen Lagern ziemlich übereinstimmend. Im Zusammenhang mit der Integrationsdebatte sei erwähnt, dass von den Anhängern der nicht sozialdemokratischen Parteien nur 40 Prozent die Frage eines Anschlusses an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als "sehr wichtig" ansahen.

Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der einzelnen Parteien auf den 17 verschiedenen Fragegebieten zeigte es sich, dass die sozialdemokratischen Wähler in Mittelstände ihrer Partei in allen Fragen sehr markant den Vorzug geben. Dagegen ist bei anderen Parteianhängern eine heillose Zersplitterung festzustellen. Es zeigte sich, dass bei sieben der insgesamt 17 Fragen die Wähler der nichtsozialdemokratischen Parteien mehr Vertrauen zu den Sozialdemokraten haben als zu einer der drei anderen Parteien.

In der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vertrauen 47 Prozent der Mittelstandswähler mehr der Sozialdemokratie als einer anderen Partei. Hinsichtlich einer Verbesserung des Unterrichtes in den Elementarschulen sind es 37 Prozent, hinsichtlich der Hilfe für die Entwicklungsländer sind es 34 Prozent, in der Frage des Lohnangleiches der Frauenlöhne an jene der Männer sind es 32 Prozent, in der Altersversorgung 30 Prozent, in der Ausserpolitik 30 Prozent, hinsichtlich der stabilen Wohnraumieten sind es 28 Prozent der üblichen Mittelstandswähler (die sozialdemokratischen Mittelstandswähler sind dabei also unberücksichtigt).

Dieses weitgehende Vertrauen für die Sozialdemokratie in jenen Mittelstandskreisen, die bisher noch eine der drei anderen Parteien gewählt haben, veranlasst die sozialdemokratische Partei zu der Schlussfolgerung, dass gute Aussichten dafür bestehen, bei künftigen Wahlen im Mittelstande noch weitere Erfolge erzielen zu können.

+ + +

Deutschfeindliche Reportage nicht gefragt

Hartes Presseurteil in Jugoslawien

sp - Im allgemeinen sind wir gewohnt, daß man in Jugoslawien über die Bundesrepublik sehr harte Urteile fällt. Dieser Tage ist jedoch ein jugoslawischer Journalist, Reporter der größten jugoslawischen Wochenzeitschrift "Vjesnik u Sreda" (Zeitung am Mittwoch) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er eine Reportage mit antideutschen Äusserungen veröffentlicht hatte, die von ihm frei erfunden worden waren. Die Reportage hatte eine Flut empörter jugoslawischer Leserzuschriften zur Folge, wodurch die Wochenzeitung veranlasst wurde, eine Überprüfung der Arbeitsweise des betreffenden Journalisten vorzunehmen. Es ergab sich hierbei, daß der Journalist ganze Passagen seines Artikels erdichtet hatte. Der kroatische Journalistenverband schloß den betreffenden Journalisten sofort wegen Verstosses gegen die Berufsehre aus, und die Redaktion der Wochenzeitung entließ ihn fristlos. Das gerichtliche Nachspiel mit der Verurteilung des Journalisten hat in der jugoslawischen Presse zu zahlreichen Kommentaren geführt, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Verurteilung zu Recht erfolgt sei, weil "die vornehmste Aufgabe eines Journalisten darin besteht, Tatsachen zu berichten, insbesondere dann, wenn es sich bei einem Artikel nicht um die Kommentierung eines Ereignisses, sondern um die Darstellung von Tatsachen handelt." - Wir registrieren diesen Vorgang deswegen mit Interesse, weil hier offensichtlich das Bestreben zugrunde liegt, auch gegenüber Deutschland Fairneß walten zu lassen.

+ + +